



# Für einen neuen Friedensprozess in Israel & Palästina Anmerkungen zur aktuellen Situation aus gewaltfreier Perspektive

Von Pete Hämmerle

Im Juni 2016 beschloss der österreichische Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes ein Grundlagenpapier zur „Aktiven Gewaltfreiheit als Perspektive im Nahostkonflikt“,<sup>(1)</sup> das als Kompass nach außen und nach innen für das gewaltfreie Engagement im israelisch-palästinensischen Konflikt dienen sollte. Darin heißt es, dass „konkrete politische Themen, Forderungen usw. von Fall zu Fall auf der Grundlage dieses Memorandums diskutiert und entschieden werden sollen“. Dieser Artikel stellt einen Versuch dar, genau das für die aktuelle Situation im Herbst 2023 ansatzweise zu leisten.

Dabei ist grundsätzlich zu beachten, dass unsere eigene Position hier in Österreich niemals die von „Insidern“ sein kann, die direkt von der Gewalt und dem Konflikt bzw. Krieg betroffen sind, dass sie aber aus einem jahrelangen Engage-

ment für Frieden und Gerechtigkeit in Israel und Palästina erfolgt.

### Ausgangspunkte

„Gewalt in ihren vielfältigen Formen wird wahr- und ernstgenommen. Ausgangspunkt gewaltfreien Handelns ist das Leid der von Gewalt Betroffenen.“

Das bedeutet, dass das Mitgefühl mit allen Opfern von Gewalt – israelisch-jüdischen und palästinensischen, zivilen und militärischen, „unschuldigen“ und „schuldigen“ – die Schlüsselrolle beim Herangehen an die aktuellen Ereignisse spielt. Weil die Achtung der Würde eines jeden Menschen eine Kernbotschaft der aktiven Gewaltfreiheit ist, dürfen und sollen wir tiefsten Herzens um jedes verlorene Menschenleben mit-trauern, weil jedes Leben in sich wertvoll ist. Es bedeutet auch zu versuchen, die Bedürf-

nisse und Ängste derer, die um geliebte Menschen trauern, zu verstehen und wirklich ernstzunehmen, dass auf allen Seiten Menschen unter Gewalt leiden, diese Gewalt abzulehnen und keinesfalls gegeneinander aufzurechnen.

In einem Beitrag für das Sonntagsblatt vom 7. November schreibt Andreas Götze, evangelischer Pfarrer und seit über 30 Jahren mit der Region verbunden:

„Empathie ist ein intellektueller Akt, keine Gefühlsäußerung. Sie ist eine Haltung, die in dem/der Anderen ein menschliches Wesen sieht und sich weigert, die Welt einfach in Gut und Böse einzuteilen. Wir müssen lernen, die Erzählungen des/der Anderen auszuhalten, ohne sie sofort zu verunglimpfen oder persönlich zu werden. Wenn der Dialog endet, gefährdet das den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“<sup>(2)</sup>

(1) [https://www.versoehnungsbund.at/wordpress/wp-content/uploads/2013/08/Grundlagenpapier-VSS-2016\\_final.pdf](https://www.versoehnungsbund.at/wordpress/wp-content/uploads/2013/08/Grundlagenpapier-VSS-2016_final.pdf)

(2) <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/den-schmerz-des-anderen-wahrnehmen-raus-aus-den-schwarz-weiss-mustern-im>



„Auch wir als nicht unmittelbar am Konflikt Beteiligte müssen uns unserer Anteile am Konflikt, in Vergangenheit und Gegenwart, bewusst sein, sowie unser Schweigen und unsere Passivität gegenüber Gewalt und Ungerechtigkeit überwinden und gewaltfreie Ansätze und Initiativen auf allen Seiten und auf verschiedenen Ebenen fördern.“

Das Erkennen und Eingestehen eigener Anteile am Konflikt – auf persönlicher wie auf kollektiver Ebene – ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und steht in Kontrast zu einer Haltung, die meint, immer schon zu wissen, wer die „Guten“ und die „Bösen“ sind und auf welcher Seite man richtigerweise zu stehen hat. Als österreichische:r Akteur:in gehört dazu notwendigerweise die Aufarbeitung und Reflexion von Antisemitismus, NS-Vergangenheit und Mitschuld am Holocaust, die in Österreich wohl kaum in der notwendigen Breite und Tiefe erfolgt ist und gerade angesichts aktueller antisemitischer Vorfälle eine ständige Aufgabe bleibt.

Aber nicht nur für antisemitische, sondern auch für antiislamische, rassistische und andere Formen menschenverachtender Ideologien und Feindbilder darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben. Auf die aktuelle Situation bezogen ist es aber genauso wichtig, für wesentliche Grundrechte wie z.B. das Recht auf freie (und öffentliche) Meinungsäußerung, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung – auch und gerade in Zeiten von Krieg – und die Möglichkeit, Kritik an gewaltsamen Entwicklungen und Politiken zu äußern, einzutreten und sie gewaltfrei auch gegen den politischen und medialen Mainstream zu verteidigen.

#### Elemente einer Konfliktanalyse

„Eine Analyse von Gewalt und Unrecht aus der Kraft der Wahrheit und auf der Basis menschen- und



völkerrechtlicher Prinzipien sowie bestehender Friedensverträge bildet die Grundlage für gewaltfreien Widerstand auf allen Seiten.“

Aber wann und wo beginnt man am besten mit einer Analyse? Vielleicht mit dem 7. Oktober 2023, mit dem Schock angesichts der unvorstellbaren Welle von Gewalt, der durch das Massaker der Hamas und weiterer bewaffneter palästinensischer Gruppen im Süden Israels ausgelöst wurde.

An diesem Tag starben nach derzeitigem Wissensstand rund 1200 Israelis, über 3000 wurden verletzt und 240 Menschen wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Für diese Ereignisse gibt es keinerlei Rechtfertigung, sie stellen einen klaren Rechtsbruch dar und sind uneingeschränkt zu verurteilen. Die Geschehnisse des 7. Oktobers kamen zwar für die israelische und die Weltöffentlichkeit überraschend, wie aus heiterem Himmel, sie können aber nicht einfach als vom Kontext isoliertes Ein-

zelereignis betrachtet werden, sondern stellen ein weiteres, besonders trauriges Kapitel in der mittlerweile rund 100jährigen Geschichte des Konflikts im und um das „Heilige Land“ dar, in der beide Seiten ihre jeweiligen Narrative leben und hochhalten.

Bei meiner ersten Reise nach Israel und Palästina lernten wir eine Initiative kennen, die es sich zur Aufgabe machte, ein Geschichtsbuch über den Konflikt zu schreiben – die jüdisch-israelische Version auf der einen Seite, die palästinensische auf der gegenüber liegenden Seite. Und dann, so wurde uns gesagt, braucht es noch eine leere Seite, für die jeweils persönliche und irgendwann vielleicht gemeinsame Sichtweise auf die geschichtlichen Ereignisse.

Die Reaktionen auf das Massaker von Seiten Israels nach dem ersten Schock waren vorhersehbar. Bereits viermal zuvor in den letzten 15 Jahren wurden von der Armee Militäroperationen mit Bombardements



von Gaza als Vergeltung für Raketenangriffe und Terrorakte durchgeführt. Dieses Mal sind sie besonders zerstörerisch, seit ihrem Beginn haben sie nach palästinensischen Angaben über 14.000 Menschenleben gefordert, viele Tausende Verletzte und 1,7 Millionen Vertriebene innerhalb des Gazastreifens, die verzweifelt um ihr Überleben kämpfen, das nicht nur durch Bomben, sondern auch durch die fast komplette Ausschaltung der Versorgung mit Strom, Treibstoff, Medikamenten und Lebensmitteln in höchster Gefahr ist. Inzwischen wird diese Vorgangsweise Israels von internationalen und humanitären Organisationen, aber auch von befreundeten Staaten zunehmend kritisiert und als nicht mehr mit dem Recht auf Selbstverteidigung zu rechtfertigen bezeichnet. Und die Eskalationsspirale dreht sich täglich weiter – wie lange noch?

Wenn wir einige Monate oder Jahre in der Konfliktgenese zurückschauen, können wir einige markante Entwicklungen festhalten:

- Im Dezember 2022 fanden in Israel die sechsten Parlamentswahlen innerhalb von vier Jahren statt, die mit der Bildung einer rechtsnational-religiösen Regierung, wieder einmal unter Premierminister Netanjahu, endeten. Gegen einige zentrale Vorhaben dieser Regierung, v.a. die sog. „Justizreform“, gab es monatelange massive Proteste und Demonstrationen in der israelischen Bevölkerung, die sich mit gewaltfreien Methoden für die Rettung der Demokratie einsetzten, allerdings größtenteils ohne die Situation der Palästinenser:innen in Israel selbst und in den besetzten Gebieten zu thematisieren. Dieser Konflikt ist durch die Attentate und den Krieg mit der Bildung eines „Kriegskabinetts“ unter Einschluss von Teilen der Opposition in den Hintergrund getreten, allerdings noch lange nicht ausgestanden.

- Seit Beginn des Jahres 2023 wurde auch im seit 1967 besetzten Westjordanland und in Ost-Jerusalem die Siedlungspolitik verstärkt fortgesetzt, was zu einer massiven Zunahme der Gewalt von Seiten der israelischen Armee und radikaler Siedler:innen führte. Die Zahlen, die von UN OCHA<sup>(3)</sup>, dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, und nationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert wurden, weisen für heuer 456 getötete Palästinenser:innen aus (davon 223 oder 48% nach dem 7. Oktober), an die 3000 Menschen wurden seit 7.10. verletzt und über 1500 aus ihren Dörfern vertrieben.

- Seit dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen 2005 und der Machtübernahme der Hamas 2007 hat sich die Lebenssituation der dort wohnenden Bevölkerung ständig verschlechtert, was wesentlich mit der von Israel verhängten Blockade zusammenhängt. Schon im Jahr 2012 wies ein Bericht der Vereinten Nationen<sup>(4)</sup> darauf hin, dass Gaza 2020 an die Grenzen seiner Überlebensfähigkeit kommen könnte. Gleichzeitig organisierten die Palästinenser:innen sowohl gewaltsamen Widerstand gegen Israel durch wiederholten Beschuss von israelischem Gebiet mit Raketen, dem Ausbau von unterirdischen Tunnelanlagen usw., wie auch Formen gewaltlosen Widerstandes – v.a. den „Marsch der Rückkehr“ 2018 zu den Grenzzäunen, bei dem über mehrere Wochen hin hunderte Menschen von der IDF verletzt oder getötet wurden.

- Zur desparaten Lage der Palästinenser:innen tragen aber auch die innere Spaltung und die Rivalität zwischen der im Westjordanland regierenden Fatah bzw. der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) unter Präsident Abbas sowie der Hamas und den anderen in

Gaza aktiven Organisationen wie dem Islamischen Dschihad bei. Die Tatsache, dass seit 2006 keine Wahlen stattgefunden haben, und der Verlust an Glaubwürdigkeit der PA und teilweise auch der Hamas haben dazu geführt, dass kaum politische Alternativen sichtbar sind und Einigkeit im palästinensischen Lager weit entfernt scheint.

- Das hat auch dazu geführt, dass in der internationalen Politik die Palästina-Frage immer mehr an den Rand gerückt ist. Israel hat in den „Abraham-Abkommen“ mit mehreren arabischen Staaten die Möglichkeit gesehen, seine Sicherheit durch Normalisierung besser gewährleisten zu können als durch Gespräche oder gar einen Friedensprozess mit den Palästinenser:innen. Diese Marginalisierung ihrer Anliegen und Bedürfnisse trug auch dazu bei, dass Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung bezüglich einer Verbesserung ihrer Situation gewachsen sind und der gewaltsame Kampf zunehmend von jungen Menschen als scheinbar einzige verbliebene Option ergriffen wurde. Durch die Ereignisse seit dem 7. Oktober ist der Konflikt in Israel und Palästina jedenfalls wieder in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt.

Als letztes Element dieser Analyse sei hier noch kurz auf die Ebene des internationalen Rechts eingegangen. Seit ihrer Gründung haben sich die Vereinten Nationen mit dem Nahen Osten befasst, beginnend mit dem Teilungsplan von 1947 (UN-Generalversammlung, Resolution 191) über die Sicherheitsrats-Resolution 242 (die Israel zum Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten aufforderte) bis hin zu den beiden nach dem 7. Oktober beschlossenen Resolutionen: Die UN-Vollversammlung hat am 26.10. zu einer „sofortigen dauerhaften und nachhaltigen humanitä-

(3) <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-50>

(4) <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-195081/>



ren Waffenruhe“ aufgerufen. 120 Staaten stimmten für die Resolution, 14 Staaten dagegen (darunter auch Österreich), 45 Staaten enthielten sich der Stimme (darunter mit mehreren EU-Staaten auch Deutschland). „Wir lehnen den verabscheuungswürdigen Ruf der UN-Generalversammlung nach einem Waffenstillstand entschieden ab“, sagte Israels Außenminister Eli Cohen dazu. „Israel beabsichtigt, die Hamas zu eliminieren.“ Am 15.11. verabschiedete der Sicherheitsrat die (völkerrechtlich bindende) Resolution 2712 mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (USA; Großbritannien und Russland), in der gefordert wird: 1. dass alle Kriegsparteien davon absehen, die Zivilbevölkerung von lebensnotwendiger Versorgung abzuschneiden, 2. humanitäre, mehrtägige Feuerpausen bei gleichzeitiger Einrichtung von sicheren Korridoren für Hilfs- und Versorgungslieferungen, und 3. die sofortige und bedingungslose Freilassung der von der Hamas verschleppten Geiseln.

### Lösungsansätze auf politischer Ebene

„Die Lösung des Konflikts kann nicht von außen, an Stelle der Betroffenen, erfolgen.“

„Ziel des gewaltfreien Widerstandes ist nicht der Sieg der einen über die andere Seite, sondern gemeinsame Sicherheit und friedliches Zusammenleben unter Anerkennung der Existenz beider/aller Konfliktparteilichen im Lande und der Bedürfnisse und Ängste aller Beteiligten.“

Kurzfristig sollte es in der aktuellen Diskussion primär darum gehen, die Gewalt von beiden Seiten zu stoppen und das Leiden der Opfer von Gewalt zu beenden. In diese Richtung könnten u.a. folgende Maßnahmen wirken:

- Die Freilassung aller Geiseln durch die Hamas, in Verbindung mit einem Austausch von (Kriegs-)Ge-

fangenen beider Seiten und inhaftierten Palästinenser:innen, wie das derzeit in Ansätzen passiert

- Eine sofortige dauerhafte und nachhaltige humanitäre Waffenruhe wie von der UN-GV gefordert. Als Schritte dazu sind alle Maßnahmen hilfreich, die dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen, wie etwa die Einrichtung sicherer Korridore für Hilfs- und Versorgungslieferungen, die Beendigung der Versorgungsblockade des Gazastreifens (wie vom UN-SR gefordert) und die unverzügliche Einstellung von Angriffen auf die Zivilbevölkerung

- Maßnahmen, um die ausufernde Gewalt im Westjordanland durch die Armee und radikale Siedler:innen zu beenden

- Maßnahmen, um der Gefahr einer Ausweitung des Konflikts auf die gesamte Region entgegenzutreten

Mittel- und langfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, die prinzipielle gegenseitige Anerkennung des Rechts beider Völker auf Selbstbestimmung zu erreichen. Das schließt sowohl die Anerkennung der Existenz des Staates Israel durch die palästinensischen politischen Akteur:innen wie auch eine dem Recht und Bedürfnis nach Selbstbestimmung der Palästinenser:innen entsprechende Vereinbarung mit ein. Beide Völker werden nicht von der Landkarte verschwinden und müssen einen Modus finden, wie sie in Zukunft neben- oder miteinander friedlich leben können. Die konkreten Formen und Modalitäten dieses Zusammenlebens müssen in einem neuen, umfassenden Friedensprozess gemeinsam gefunden und beschlossen werden. Dieser wird aber nur mit einem radikalen Umdenken aller Seiten im Sinne einer Logik des Friedens anstelle der vorherrschenden Logik des Krieges und der (militärischen) Sicherheit möglich werden. Beiträge dazu könnten vielleicht die im „Heiligen Land“ vertretenen Religionen, Judentum, Islam und Christen-

tum, leisten, indem sie als ersten Schritt für den freien Zugang ihrer Gläubigen zu den heiligen Stätten eintreten und dieses Recht auch den jeweils anderen zusprechen.

### Und was können wir tun?

„Aktive Solidarität mit den (von Gewalt) Betroffenen und von ihnen erwünschte Formen der Unterstützung und Stärkung ihrer gewaltfreien Initiativen sind notwendig. Letztlich geht es darum, sowohl Unterdrückte wie Unterdrückende, Opfer wie Täter:innen zu befreien, weil beide unter Gewalt leiden und so ihr Menschsein nicht verwirklichen können.“

Die Möglichkeiten gewaltfreier Basisinitiativen in der Region wie in Österreich sind im Gesamtkontext zu sehen und v.a. auf die gesellschaftliche Ebene konzentriert. Im Versöhnungsbund legen wir den Fokus zum einen auf das Sichtbar- und Hörbar-Machen von israelischen und palästinensischen Stimmen, die auch in der jetzigen Situation für Menschlichkeit und ein friedliches Zusammenleben eintreten. Zum anderen suchen wir nach Formen, wie wir – gemeinsam mit anderen – unsere Trauer und Betroffenheit über das Leid aller öffentlich zum Ausdruck bringen und unser Eintreten für eine friedliche Lösung zum Wohle aller Betroffenen vielen näherbringen können. Einige dieser Stimmen und Initiativen kommen in dieser Ausgabe des SPINNRADs zu Wort.

[Abschluss des Artikels:  
26. November 2023]

**Pete Hämmerle** ist Co-Geschäftsführer des österreichischen Versöhnungsbundes und arbeitet in der Koordination der österreichischen Einsätze für das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel

